



23. März 2022

Postulat

von Guy Krayenbühl (glp)
und Sven Sobernheim (glp)

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie in Zusammenarbeit mit privaten Arbeitsvermittlungsfirmen, dem RAV, der AOZ oder selbst der Wirtschaft bzw. den Arbeitgebern eine Jobplattform zur Verfügung gestellt werden kann, wo diese in Ukrainisch oder Englisch Personen mit Status S ihre Arbeitsangebote unterbreiten können.

Begründung:

Der Bundesrat hat das Arbeiten von Personen mit Status S ermöglicht. Die Wirtschaft hat auch ein Angebot für diese Personen, wie zum Beispiel im IT- oder im Gastronomiebereich. Die Vermittlung muss dabei aber schnell und unkompliziert erfolgen. Hier kann die Stadt durch Kooperation oder der Errichtung einer eigenen Vermittlungsplattform unkompliziert und kostengünstig Hand bieten.